

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 19. Juni 2023

Mehr Fortschritt, Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit in der EU durch weniger Bürokratie

Die Europäische Union (EU) als weltgrößter Binnenmarkt ist ein Fundament für die Stärkung der Wachstums- und Innovationskräfte in den Mitgliedstaaten und der individuellen Aufstiegschancen für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Die Vollendung des digitalen Binnenmarktes, die Entwicklung Europas zum Bildungskontinent Nr. 1 und die Stärkung des Innovations- und Technologiestandortes EU sind drei große Herausforderungen, die wir gemeinsam in und für Europa angehen wollen. Dazu kommt eine notwendige Erhöhung der sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der EU.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellt nicht nur die Friedens- und Wertegemeinschaft, sondern auch den Wirtschaftsstandort Europa vor zusätzliche Herausforderungen. Nach wie vor sind Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen durch hohe Energiepreise und Lieferkettenprobleme belastet. Vor diesem Hintergrund gilt es mehr denn je, für wirksame Entlastung zu sorgen und somit Wachstumsimpulse zu setzen.

Die Vorhaben von EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) drohen die ohnehin angespannte wirtschaftliche Lage in der EU weiter zu verschärfen. Der Wirtschaftsstandort Europa würde durch immer weitergehende Regulierung und Vorgaben im internationalen Wettbewerb weiter zurückgeworfen. Die Pläne der von-der-Leyen-Kommission müssen insgesamt auf den Prüfstand, denn der Europäische Binnenmarkt soll ein Chancenraum sein und darf nicht durch praxisferne Überregulierung ausgebremst werden. Durch bürokratische Vorhaben wie die EU-Lieferkettenrichtlinie mit unverhältnismäßigen Berichtspflichten würde die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der EU gefährdet. Unserer Wirtschaft und insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) dürfen nicht immer weiter belastet werden.

Während wir Freie Demokraten uns in Deutschland konsequent und erfolgreich für praxistaugliche und technologieoffene Lösungen beim neuen Gebäudeenergiegesetz einsetzen, plant die EU-Kommission auf europäischer Ebene drastische Eingriffe in Eigentumsrechte und die individuelle Entscheidungsfreiheit. Denn die geplante technische Ausgestaltung der Ökodesign-Richtlinie käme einem EU-Heizungsverbot gleich. Zusammen mit der EU-Gebäuderichtlinie, die einen Sanierungszwang vorsieht, würden Eigentümerinnen und Eigentümern hohe Kosten aufgebürdet und zudem die nationale Gesetzgebung und damit der gerade gefundene gute Kompromiss torpediert. Was die CDU in Deutschland angeblich bekämpft und ablehnt, wird von einer CDU-geführten EU-Kommission forciert.

Im Gegensatz dazu, setzen wir Freie Demokraten auch in der EU auf Technologieoffenheit, Bürokratieabbau und Marktwirtschaft anstelle von immer tiefgreifenderen Regulierungen und Vorgaben. So haben wir uns erfolgreich gegen ein pauschales Verbot des Verbrennungsmotors eingesetzt und die Kommission muss nun endlich – wie vereinbart – den Weg für klimaneutrale E-Fuels freimachen. Mit Blick auf bürokratische Lasten wollen wir für jede neue Regelung nach der „One in, two out“-Regel im doppelten Umfang Bürokratie abbauen. Darüber hinaus fordern wir eine Regulierungspause für den Green Deal.

Für die Zukunftsfähigkeit der EU sind zudem solide Finanzen entscheidend. Ein Aufweichen der EU-Schuldenregeln, wie es die EU-Kommission anstrebt, würde Handlungsspielräume auch durch die steigenden Zinsbelastungen einschränken. Wir setzen uns deshalb weiterhin für verbindliche, einheitliche und ambitionierte Zielmarken zum Schuldenabbau in der EU ein.

Wir Freie Demokraten fordern:

1. Technologieoffene und praxistaugliche Lösungen für den Gebäudesektor

Während wir im Deutschen Bundestag aktuell praxistaugliche Lösungen für ein gutes und funktionierendes Gebäudeenergiegesetz in Deutschland verhandeln, plant die von-der-Leyen-Kommission im Rahmen der **Ökodesign-Richtlinie** ein strenges Heizungsverbot – und das unter Ausschluss der Parlamente. Ab 2029 sollen praktisch nur noch Wärmepumpen verkauft werden dürfen und auch klimaneutral (z. B. mit Wasserstoff oder Biogas) betriebene Öl- und Gasheizungen sollen verboten werden. Sollten die von-der-Leyen-Pläne tatsächlich umgesetzt werden, wären die Vorgaben des nationalen Gebäudeenergiegesetzes (GEG) der Koalitionspartner inklusive der erreichten Änderungen und zahlreichen Ausnahmen mit dem Fokus auf Technologieoffenheit außer Kraft gesetzt. Wir Freie Demokraten werden diesen Plänen nicht zustimmen, denn die Bürgerinnen und Bürger müssen sich darauf verlassen können, dass sie innerhalb eines technologieoffenen Rechtsrahmens eine Heizungslösung wählen können, die zu ihrem Haus oder ihrer Wohnung passt. Wir fordern die Kommissionspräsidentin daher dazu auf, ihren Regulierungsentwurf schnellstmöglich zurückzuziehen.

Weitere enorme Belastungen für Hausbesitzer und unsere Volkswirtschaft drohen durch eine Sanierungspflicht in Folge einer geplanten Neufassung der **EU-Gebäuderichtlinie**. Vorgesehen ist eine verpflichtende Sanierung von den am schlechtesten abschneidenden Gebäuden bis 2030. Dabei ist Deutschland im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten bei der Gebäudesanierung bereits gut vorangekommen. Die geplanten neuen Standards für die Energieeffizienz von Gebäuden würde die erreichten Fortschritte in Deutschland nicht berücksichtigen und zusätzliche hohe Kosten verursachen. Wir Freie Demokraten setzen stattdessen auf den CO₂-Preis im Rahmen des EU-Emissionshandels (EU-ETS II), der ab 2027 auch für den Gebäudesektor gilt und dort der zentrale Schlüssel für effektiven Klimaschutz ist.

2. Praktikable EU-Regeln zu Menschenrechten und Nachhaltigkeit

Wir Freie Demokraten befürworten eine einheitliche europäische Regelung zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette. Denn nur gemeinsame europäische Standards können dem Binnenmarkt gerecht werden und zu einer nachhaltigen Wertschöpfungskette beitragen. Die

geplante **EU-Lieferkettenrichtlinie** sieht allerdings unverhältnismäßige Berichtspflichten für Unternehmen vor und würde für enorme Rechtsunsicherheit sorgen. Unternehmen ab 250 Mitarbeitern und 40 Millionen Euro Jahresumsatz sollen dazu verpflichtet werden, ihre gesamte Lieferkette zu überwachen. Sie sollen zudem die Haftung für sämtliche Verstöße innerhalb der Lieferkette übernehmen müssen. In der Praxis werden die Regeln nur schwer umsetzbar sein, da Lieferketten oft aus mehreren Hundert oder gar mehreren Tausend Unternehmen bestehen. Die geplanten EU-Vorgaben sind dabei deutlich strenger als die des deutschen Lieferkettengesetzes. Hierzulande müssen Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten ihre Lieferkette überwachen, ab 2024 gilt eine Grenze von 1.000 Beschäftigten. Diese Vorgaben sollten durch EU-Regulierung nicht noch weiter verschärft werden. Unser Ziel ist eine praktikable und ausgewogene Lieferkettenrichtlinie, die es Unternehmen leichter macht, ihren Sorgfaltspflichten nachzukommen und wirkungsvoll zur weltweiten Beachtung der Menschenrechte beizutragen.

Darüber hinaus plant die EU-Kommission im Rahmen der Sustainable Development Goals (SDGs) eine **Sozialtaxonomie** für private Investitionen. Vorgegebenes Ziel ist es insbesondere, privates Kapital in „sozial nachhaltige Aktivitäten“ zu lenken. Eine solche Sozialtaxonomie hätte massiven bürokratischen Aufwand sowie erhebliche Wettbewerbsnachteile für europäische Unternehmen zur Folge. Hinzu kommt die Schwierigkeit, gemeinsame soziale Kriterien auf EU-Ebene überhaupt objektiv wissenschaftlich zu definieren. Aus diesen Gründen lehnen wir Freie Demokraten eine Sozialtaxonomie ab.

3. Regulierungspause für den Green Deal

Wir unterstützen die Forderung des französischen Präsidenten Emmanuel Macron nach einer Regulierungspause beim Green Deal. Unternehmen brauchen zunächst ausreichend Spielraum, um die bereits festgelegten Ziele umzusetzen. Immer neue bürokratische Anforderungen behindern den Kampf gegen den Klimawandel und legen der europäischen Wirtschaft in Zeiten von Energiekrise und Inflation zusätzliche Fesseln an. Die Transformation zu einer klimaneutralen EU bis 2050 erreichen wir hingegen nur mit Innovation, Technologieoffenheit und Unternehmergeist.

4. Verlässliche, transparente und verbindliche Regeln für stabile Staatsfinanzen

Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) ist ein zentrales Instrument zur Sicherstellung von Wachstumsimpulsen in der EU. Wirksame finanz- und fiskalpolitische Regeln sind wichtig, um wirtschaftliches Wachstum auf der Grundlage nachhaltiger öffentlicher Finanzen und Stabilität anzuregen. Eine Aufweichung des SWP lehnen wir daher ab. Die Kommission plant, den Mitgliedstaaten mehr Zeit beim Abbau ihrer Schulden einzuräumen. Die Staaten sollen dazu einen individuellen Abbauplan mit der Kommission aushandeln dürfen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten jedoch stabile Staatsfinanzen, nachhaltiges Wirtschaften und eine sinkende Inflation. Daher braucht es deutliche Anpassungen des ersten Vorschlags der Kommission. Nur so werden wir niedrigere Defizite und Schuldenquoten erreichen. Wir fordern gemeinsame Regeln anstelle einer weitgehenden Bilateralisierung der europäischen Fiskalregeln. Wir schlagen vor, dass hochverschuldete Länder ihre Schuldenquote um mindestens ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr senken müssen.

5. Freihandel statt Subventionen

Ein Subventionswettbewerb als europäische Antwort auf den US-amerikanischen Inflation Reduction Act wäre falsch. Hohe Subventionen verdrängen private Investitionen und belasten die öffentliche Hand. Wir stellen in Europa bereits viele Mittel bereit und die EU braucht deshalb keine weiteren Geldtöpfe. 2024 werden im EU-Budget circa 4 Milliarden Euro für die Schuldenfinanzierung aufgewendet. Die Zinslast wird den Spielraum für Zukunftsinvestitionen und damit die Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen weiter einengen und die EU abhängiger von internationalen Geldgebern machen. Stattdessen wollen wir eine Weltfreihandelszone der Demokratien etablieren. Dazu haben wir bereits zusammen mit Kanada das Freihandelsabkommen CETA unterzeichnet. Die Ratifizierung des MERCOSUR-Abkommens wäre ein nächster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir müssen ferner ein Freihandelsabkommen mit unserem engsten transatlantischen Verbündeten, den USA, vorantreiben.